



Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus

Obwohl über 70 % der deutschen Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ablehnt und deren Rückzug fordert, wurde im Bundestag von der Mehrheit der Abgeordneten die personelle Aufstockung der Truppen in Afghanistan beschlossen und mit den bekannten Behauptungen begründet den Terrorismus zu bekämpfen, Frieden und Fortschritt sichern zu helfen. Die Erhöhung des Einsatzes von Bundeswehrsoldaten sei nur eine vorübergehende Maßnahme. Man spricht von einer „neuen“ Strategie, die eine Ausbildung von 300000 afghanischen Soldaten und Tausenden Polizisten, die Wiedereingliederung gemäßigter Talibanen und die Übergabe in afghanischer Eigenverantwortlichkeit vorsieht.

Fakt ist: In Afghanistan laufen militärische Großoffensiven, in denen die Bundeswehr einbezogen ist. Das mörderische Schuldkonto Deutschlands wächst weiter an.

Fakt ist: Von den 31,3 Milliarden Euro des deutschen Verteidigungshaushaltes 2010 sind mehr als eine Milliarde Euro nur für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“

vorgesehen. Trotz „Haushaltssanierung“ hat die Bundesregierung den Rüstungsetat in den letzten Jahren ständig erhöht. Die Folgen sind spürbare Kürzungen im Sozialbereich und zunehmende Verarmung.

Es geht nicht um die Verteidigung Deutschlands, sondern um die Erlangung von Weltmachtpositionen mittels Krieg.

Damit wird der nach dem II. Weltkrieg getroffene Konsens, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, zerstört.

Das Schreckgespenst vom Terrorismus muss auch für die Militarisierung nach innen herhalten. Von Seiten der Bundesregierung gehen Bestrebungen aus, die Bundeswehr über den Rahmen der Bestimmungen im Artikel 35 des



Grundgesetzes einzusetzen. Kostproben dieses grundgesetzwidrigen Einsatzes der Bundeswehr hat es schon gegeben. Der absolute Sündenfall war ihr Einsatz zum „Schutz“ des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm mit 2500 Soldaten, Minenjagdbooten, Panzerspähwagen und Tornadokampf-



AUS DEM INHALT

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg

Zum 65. Jahrestag der Befreiung 1

Religion/Kirche/Kritik

Religionsausübung an Berufsfachschulen – dazu eine Anfrage im Landtag Niedersachsen 2
Freitod ist nicht Selbstmord 3
Für und Wider der aktiven Sterbehilfe 3
Bericht aus dem Landesverband 5
Kultur ist wie man lebt - Wochenendseminar in Neustrelitz 5

Aus den Regionen

Hamburg: Lebenskunde-Stellungnahme des DFV 6
DFV-Veranstaltungen mit der MASCH in Bergedorf
Was ist die MASCH? 6
Mangelndes Geschichtsbewusstsein des Hamburger Senats 7
Kiel: Bericht von der Ehrenamtmesse 7
Lübecker Erklärung - Gegen den Naziaufmarsch am 27. 3. 8
Militärseelsorge abschaffen - Erklärung des DFV Nord 8
Keine Schulübernahme durch die Kirchen – gegen Bestrebungen der Ev.-luth. Kirche 8

Fliegen in den Krieg - illegale Übungen für den Krieg in Mecklenburg 9

Krieg und Frieden

Nicht das Grundgesetz ändern, sondern die Politik 9
Grußadresse zur Friedensdemo in Berlin am 20. 2. 10
Für einen Hiroshima-Platz - Initiative des Hamburger Forums 10
Norddeutsche Freidenker unterstützenden Ostermärsche 10

Antifaschismus

Einladung zu den Internationalen Gedenkveranstaltungen zum 65. Jahrestag der Befreiung 10
Die Schlammschlacht rechter Parteien in SH 11
NPD darf in Hamburg-Nord keine Stände aufbauen 11

Demokratische Rechte

38. Jahrestag des „Radikalen-Erlass“ - Erklärung der PdL Hamburg ... 12
Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges 12
„Unwort des Jahres“ 13

Internationales 13

Historie 14

Literatur 15

Tipps und Termine 16

flugzeugen. Die beabsichtigte Ergänzung des Artikels 35 des Grundgesetzes soll der Bundesregierung gestatten, ohne Zustimmung des Parlaments den Einsatz der Bundeswehr anzuordnen. Die Bundeswehr steht dann nicht unter Führung der Polizei und ist somit nicht an deren Recht gebunden, das exakt regelt, welche Mittel eingesetzt werden dürfen und wann von der Schusswaffe als letztem Mittel Gebrauch gemacht werden darf.

Die Kriegslüsterheit des Kapitals zur Eroberung neuer Herrschaftsgebiete in der Welt, zur Sicherung des Monopols über Rohstoffe, Bodenschätze und Absatzmärkte und die Zunahme der Militarisierung im Innern unseres Landes, die fortschreitende Missachtung des Volkes Wille und Überwachung machen deutlich, wie hoch aktuell das historische Gebot nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus 1945 ist: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus. In dem Dringen auf Wahrung dieses Gebots darf es kein Nachlassen geben,

müssen Resignation und Fatalismus, wie sie uns hier und dort begegnen, überwunden werden. Beharrlichkeit ist gefordert. Die in Umfragen massenhaften Meinungen gegen Krieg, Nuklearwaffen und weitere Aufrüstung müssen sich in einer aktiven Beteiligung am Friedenskampf niederschlagen. Zu überwinden ist die Haltung, „wir können dagegen ja doch nichts tun, die machen, was sie wollen“. Es besteht ein erheblicher Bedarf an Aufklärung, denn die Bevölkerung wird belogen und manipuliert „auf Teufel komm raus“. Unsere Aufgabe als Freidenker und als Friedensbewegung ist es, die wahren Hintergründe der fortschreitenden globalen Militarisierung aufzudecken und „darüber aufzuklären, dass der Krieg der Bundeswehr in Afghanistan gegen elementare Normen der Charta der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes verstößt. Notwendig ist die Aufklärung über die völlige Verlogenheit der Kriegsbegründungen“ (Erklärung des Verbandsvorstandes vom 20.2.2010). *E.S.*

Religionsunterricht an Berufsfachschulen

Die fraktionslose Abgeordnete des niedersächsischen Landtags Christel Wegner (DKP), die wir auf der Abendveranstaltung unseres Wochenendseminars in ihrem Heimatort Buchholz/Nordheide als Gast begrüßen konnten, richtete am 30. November des vergangenen Jahres folgende Anfrage an die Landesregierung:

An den Berufsfachschulen für Altenpflege und Sozialpädagogik ist Religion ordentliches, versetzungsrelevantes Pflichtfach. Eine Abwahlmöglichkeit wie an allgemeinbildenden Schulen besteht nicht. Dies verstößt nach Auffassung von Sachverständigen gegen die Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen Neutralität und das Gebot der Trennung von Kirche und Staat.

In der Praxis werden an diesen Schulen in der Regel im Religionsunterricht ethische Grundsätze behandelt. Wenn dies in einem Religion statt Ethik genannten Fach geschieht, entsteht der Eindruck, außerhalb der oder ohne Religion gebe es keine Ethik. Dass Menschen, die später im Sozialwesen tätig werden, die Grundlagen der Weltreligionen vermittelt werden, ist nach Meinung von Beobachtern durchaus wünschenswert. Dies müsse allerdings aus religionswissenschaftlicher und nicht aus christlich-missionarischer Sicht erfolgen. Diese Vermittlung biete sich demgemäß für ein Ethik genanntes Fach an. Ich frage daher die Landesregierung:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage ist Religion an den Berufsfachschulen für Altenpflege und Sozialpädagogik ohne Abwahlmöglichkeit ein verbindliches Pflichtfach?
2. Welche Inhalte müssen im Fach Religion laut Lehrplan vermittelt werden?
3. Werden diese Lehrpläne mit den Kirchen abgestimmt?
4. Bedürfen die dieses Fach unterrichtenden Lehrkräfte der Lehrbefugnis durch die Kirchen?
5. Wenn im Fach Religion vor allem ethische Grundsätze behandelt werden, warum heißt das Fach dann nicht Ethik?
6. Erkennt die Landesregierung an, dass Ethik nicht an Religionen gebunden sein muss?

Bereits am 23.12.2009 beantwortete das Kultusministerium diese Anfrage, eine bemerkenswert schnelle Antwort.

Entgegen der Aussagen der genannten Fachschulen bestrei-

tet das Ministerium die Verpflichtung zur Teilnahme am Religionsunterricht. Verwiesen wird auf das Ersatzfach Werte und Normen. Dieses wird an den Schulen nicht angeboten. Auf Nachfrage wird dies mit personeller Unterbesetzung begründet. Ein Abmeldung vom Religionsunterricht ist für diese Berufsfachschüler deshalb nicht möglich, weil die Zulassung zur Abschlussprüfung an eine Mindestzahl von Theoriestunden gebunden ist, die ohne die Teilnahme am Religionsunterricht nicht erreicht werden. Das von der Landesregierung behauptete Recht, besteht also nur auf dem Papier. Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag hat jetzt die Forderung nach einem konfessionsunabhängigen Ethikunterricht als Pflichtfach an den Schulen des Landes erhoben. Der Landesvorstand hat sich in einem Schreiben an die Fraktion gewandt und diese Initiative begrüßt.

Cornelius Kaal

Offener Brief an die Asklepios Kliniken GmbH

Hamburg, 21. Januar 2010

**Einweihung „Raum der Stille“ Asklepios Klinik Harburg
Artikel aus Hamburger Abendblatt vom 21.01.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist begrüßenswert, wenn in Kliniken, Heimen oder anderen der ganzen Gesellschaft zugänglichen Einrichtungen Räume der Stille geschaffen werden. Daher ist der Einweihung des „Raum der Stille“ in der Klinik Harburg nichts entgegenzusetzen, wenn diese ausschließliche kirchliche Prägung nicht wäre. Der Begriff „Raum der Stille“ sollte von Neutralität, Solidarität und Integration geprägt sein. Es ist sehr befremdlich, wenn unter diesem Begriff quasi durch die Hintertür eine Kapelle geschaffen und installiert wird. Über die Hälfte der Hamburger Bevölkerung gehört keiner christlichen Kirche an, aber die ganze Bevölkerung finanziert über ihre Krankenkassen unter anderem auch Ihr Unternehmen. Menschen anderen Glaubens oder Menschen mit einer atheistischen Weltanschauung werden hier ausgeschlossen und somit ihre Lebensweise und Gefühle missachtet. Als Beispiel: Im „alten“ AK Barmbek gab es bis zum Abriss einen „Raum der Stille“, der einen ganz neutralen Charakter hatte und somit von allen Patienten und Beschäftigten gleichberechtigt genutzt werden konnte und wurde.

Ich fordere Sie auf, im Interesse der Mehrheit der in Hamburg lebenden Menschen deutscher oder ausländischer Herkunft neutrale konfessionsfreie Räume zu schaffen.

Mit freundlichem Gruß

Angelika Scheer, Landesvorsitzende DFV Nord e.V.

Freitod und nicht Selbstmord

Im November des letzten Jahres hat sich der Torwart des Fußballbundesligisten Hannover 96, Robert Enke, der auch aktueller Torhüter der Auswahlmannschaft des Deutschen Fußballbundes war, vor einen Nahverkehrszug geworfen und so seinem Leben ein Ende bereitet. Enke wurde 32 Jahre alt. Er hinterlässt Ehefrau und eine Adoptivtochter. Der Berufsfußballspieler litt an Depressionen, ursächlich dafür waren wohl Versagensängste im harten Fußballshowgeschäft und der frühe Tod seiner Tochter. Der Freitod von Robert Enke löste ein ungeheures Medienspektakel aus, dem sich eigentlich niemand, auch wenn ihn Fußball nicht die Bohne interessiert, entziehen konnte. Die Trauerfeier im Stadion des Bundesligisten stellte alle bisherigen Staatsbegräbnisse in der Bundesrepublik in den Schatten. 40 000 Menschen nahmen daran teil. Zu hoffen bleibt, dass die Medienberichterstattung nicht nur die Sensationsgier befriedigt hat, sondern eventuell dazu beigetragen hat, dass an Depressionen erkrankten Menschen in Zukunft mehr Verständnis entgegengebracht wird.

Dass der Tod von Robert Enke Wochen später noch einmal hier im Rundbrief des Deutschen Freidenker-Verbandes, Landesverband Nord, aufgegriffen wird, hat nichts damit zu tun, dass wir uns dem Fußball als Verband besonders verbunden fühlen, auch wenn es in unseren Reihen natürlich auch Fußballinteressierte und sogar Fußballverrückte gibt. Es hat auch

nichts damit zu tun, dass DFV auch die Abkürzung des Deutschen Fußball-Verbandes der DDR war. Grund ist, dass mich die Medienberichterstattung, vor allem die ständige Verwendung des von Martin Luther geschaffenen Begriffs Selbstmord geärgert hat. Selbst ausgewiesene linke Zeitungen, wie etwa die „junge welt“ übernahmen offensichtlich leichtfertig diesen denunzierenden Begriff. Mord, ist die Tötung eines Menschen aus niederen Beweggründen. Mit dem Begriff Selbstmord sollten im christlichen Verständnis Menschen diffamiert werden, die es gewagt hatten, dem lieben Gott in das Handwerk zu pfuschen und ihrem Leben selbstbestimmt ein Ende zubereiten.

Zu Zeiten, als die Kirchen das Bestattungsgeschäft noch voll in der Hand hatten, wurden diese und ihre Hinterbliebenen abgestraft, indem dem Selbstmörder eine Bestattung nur am Rande des Friedhofs gestattet wurde. Freitod war unchristlich, Teufelswerk, deswegen musste der Selbstmörder von anständigen Christenmenschen separiert werden. Für den Selbstmörder war kein Platz mehr in der christlichen Gesellschaft, er hatte dort zu landen wo „sein wird Heulen und Zähneklappern“.

Deshalb ist die Verwendung des Begriffs Selbstmord nicht akzeptabel, stattdessen sollte der Fachbegriff Suizid oder auch Freitod, Selbsttötung verwendet werden.

Cornelius Kaal

Für und Wider der aktiven Sterbehilfe

In der letzten Ausgabe des Rundbriefs haben wir, wie zuvor schon auf einer Veranstaltung in Hamburg, über die gesetzliche Regelung der Verbindlichkeit von Patientenverfügungen informiert. In diesem Artikel haben wir angekündigt, dass in diesem Rundbrief über das Für und Wider der aktiven Sterbehilfe informiert wird. Das Thema ist allerdings derart komplex, eigentlich ein Thema mindestens für ein Wochenendseminar, sodass hier nur sehr eingegrenzt auf die Problematik eingegangen werden kann.

Aktive Sterbehilfe

Die direkte, aktive Tötung eines Menschen wird als aktive Sterbehilfe bezeichnet. Sie ist zum Zweck der schmerzlosen Tötung eines Sterbenden widerrechtlich und strafbar und wird nach dem § 212 StGB (Totschlag) mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 5 Jahren bestraft. Das Verlangen nach dem eigenen Tod des Patienten ändert nichts an der Strafbarkeit, jedoch wird die Tat dann nach § 216 StGB (Tod auf Verlangen) bestraft.

In den Niederlanden, in Belgien und in Luxemburg ist die aktive Sterbehilfe unter bestimmten, klar definierten Bedingungen straffrei. Hier müssen immer eine unheilbare Krankheit, der ausdrückliche Wunsch des Betroffenen und die ärztliche Begleitung vorliegen.

Über Sterbehilfe haben wir im Zusammenhang mit unseren Vorschlägen für eine weltlich-humanistische Ethik und Praxis für das Leben des Menschen vor einigen Jahren im Verband ausgiebig diskutiert. In dieser Diskussion wurde

deutlich, dass es dazu keine einheitliche Position gibt. Es gibt sowohl für als auch gegen die aktive Sterbehilfe stichhaltige Argumente. In dem als Sonderheft des Verbandsorgans FREIDENKER (Spezial 2-2003) heißt es im Kapitel Freitod und Sterbehilfe:

Ob es eine darüber hinaus (gemeint ist hier die passive Sterbehilfe durch Unterlassung medizinisch möglicher Maßnahmen – CK) gehende Legalisierung von aktiver Sterbehilfe geben soll, wird auch zwischen Freidenkern kontrovers diskutiert:

Die Befürworter argumentieren, dass die Legalisierung nur konsequent sei, da sich Freidenker prinzipiell der Selbstbestimmung des Menschen verpflichtet fühlen. Niemand dürfe Menschen, die ihre Situation für ausweglos halten, die Inanspruchnahme aktiver Sterbehilfe verbieten. Mit der Straffreistellung werde niemand gezwungen, entsprechend zu handeln, aber jene, die fest entschlossen sind, ihr Leben zu beenden, könnten dies tun, ohne einen hierbei helfenden Menschen zum Kriminellen zu machen.

Die Gegner der aktiven Sterbehilfe halten dagegen, dass Selbstbestimmung in einer solchen Konfliktsituation immer relativ, abhängig von gesellschaftlichen und persönlichen Umfeldbedingungen ist. Sie verweisen auf die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ durch die deutschen Faschisten und warnen vor der Missbrauchsgefahr einer „Sterbenachhilfe“ ökonomisch „nicht lohnende“ Behandlungen aus Gründen der Kostensenkung einzustellen, und den Patienten alles anders als selbstbestimmten „Mitleidstod von fremder Hand“ nahe zu legen.

weiter Seite 4

In Luxemburg stellte der dortige Freidenkerbund, wie der DFV Mitglied der Weltunion, Anfang 2008 in einer Pressemitteilung u. a. fest:

„Die Luxemburger Freidenker vertreten denn auch die Auffassung, dass der Wunsch nach Sterbehilfe ein elementares Menschenrecht ist und fordern alle Abgeordneten auf, der Gesetzesvorlage über die Euthanasie zuzustimmen und ihr eine legale Basis zu schaffen, statt sie augenblicklich unkontrolliert im Verborgenen zu dulden.“

In dieser Stellungnahme der Luxemburger Genossinnen und Genossen wird deutlich, was eine emotionsfreie Diskussion der Thematik in Deutschland erschwert. Euthanasie ist die lateinische Begrifflichkeit für Sterbehilfe. Mit dieser Begrifflichkeit verharmlosten die Nazis ihr gegen Menschen mit Behinderungen gerichtetes Mordprogramm. Mit Sterbehilfe, über die wir diskutieren, hat dies nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wie wir an der im Verband geführten Diskussion sehen, gibt es viele gute Argumente für und wider die aktive Sterbehilfe. Auf Emotionen, vor allem Unterstellungen sollte in dieser Debatte verzichtet werden.

Vor allem sollte man nicht so tun, als handele es sich hier um ein Massenphänomen. Die Fälle, auf die etwa die niederländischen Voraussetzungen zutreffen, sind äußerst gering. Der Autor ist Altenpfleger, arbeitet als Pflegedienstleiter in einer Einrichtung der stationären Altenpflege, hat in seiner langjährigen Praxis noch keinen Fall der Bitte um aktive Sterbehilfe erlebt. Es kommt zwar häufiger vor, dass hochbetagte Menschen äußern, dass sie nicht mehr leben möchten, weil ihnen aufgrund von altersbedingten Handicaps das, was für sie Lebensqualität ausmachte, verwehrt ist, dies ist aber natürlich noch kein Wunsch nach aktiver Sterbehilfe. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass es Menschen auch in Deutschland gibt, die so schwer erkrankt sind, dass sie trotz ärztlicher Betreuung an starken Schmerzen leiden und so auch am Leben leiden und sich eine Befreiung, durch Tod, von dieser Belastung wünschen. Ich bin mir auch sicher, dass trotz Strafandrohung, in Deutschland aktive Sterbehilfe gelegentlich durch Ärzte praktiziert wird, weil diese vor Gericht gegebenenfalls kaum beweisbar sein dürfte. Die durch die Presse gegangenen Fälle, wo Pflegekräfte aus angeblichem Mitleid getötet haben, hat mit Sterbehilfe, über die wir hier sprechen, nichts zu tun, da hier der Beweis für den Patientenwillen fehlte. Selbst der durch die Medien gegangene Fall des früheren Hamburger Senators Kusch, hatte mit Sterbehilfe nichts zu tun. Hier lag die Beihilfe zum Suizid vor. Diese ist nicht strafbar. Da der mediengeile Expolitiker dies allerdings gewerbsmäßig tat, konnte ihm auf dem Umweg über das Arzneimittelgesetz das Handwerk gelegt werden.

Halten wir fest, wenn über die Straffreiheit von aktiver Sterbehilfe gesprochen wird, geht es immer über eine überschaubare Zahl von Fällen. Voraussetzung wäre immer der Wunsch eines einwilligungsfähigen Menschen mit einer unheilbaren Krankheit. Der Durchführung der Sterbehilfe durch einen Arzt. Dass es Menschen gibt, die sich in einer solchen Situation für sich Sterbehilfe wünschen, verhindert kein Strafgesetz. Bei Straffreiheit wäre Missbrauch nicht auszuschließen. Eine absolute Sicherheit gibt es nirgends im Leben. Der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe könnte sicherlich minimiert werden, wenn es in Deutschland mehr Hospizplätze geben und endlich alle Ärzte ausreichend in Palliativmedizin ausgebildet würden. Hospiz (lat. hospitium „Herberge“) ist eine Einrichtung der Sterbebegleitung. Ein Hospiz

verfügt meist über wenige Betten und ist ähnlich wie ein kleines Pflegeheim organisiert. In Deutschland gab es im Jahr 2007 151 stationäre Hospize, 139 Palliativstationen in Krankenhäusern und 1.450 ambulante Hospizdienste. Das dies bei Weitem nicht ausreicht, ist offensichtlich. Palliativmedizin ist nach den Definitionen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin „die aktive, ganzheitliche Behandlung von Patienten mit einer voranschreitenden, weit fortgeschrittenen Erkrankung und einer begrenzten Lebenserwartung zu der Zeit, in der die Erkrankung nicht mehr auf eine kurative Behandlung anspricht und die Beherrschung von Schmerzen, anderen Krankheitsbeschwerden, psychologischen, sozialen und psychischen Problemen höchste Priorität besitzt“, die über eine rein Palliative Therapie hinausgeht. Nicht die Verlängerung der Überlebenszeit um jeden Preis, sondern die Lebensqualität, also die Wünsche, Ziele und das Befinden des Patienten stehen im Vordergrund der Behandlung.

Cornelius Kaal



Das niemals geschehe, was gestern geschah!

**Wohn- und Ferienheim
Heideruh e. V.**



**Antifaschistische
Erholungs- und
Begegnungsstätte**

Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V.
Ahornweg 45
21244 Buchholz i.d. Nordheide
Tel.: 04181 / 87 26 ° Fax.: 04181/28 11 42
E-Mail: info@heideruh.de www.heideruh.de

Bericht aus dem Landesverband und von der Landesvorstandssitzung

Ausnahmsweise und damit nicht regelhaft seien hier Glückwünsche nachträglich übermittelt:

Am 30. Januar wurde Gerda Kranz (Mitglied im Landesverband Brandenburg) 80 Jahre. Zu Gerda gibt es familiäre Bindungen nach Hamburg. Daraus ergibt sich, dass sie regelmäßig an unseren Aktivitäten wie Exkursionen und Wochenendseminaren teilnimmt. Bei unserem letzten Wochenendseminar im Oktober 2009 im Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V. war sie unsere absolute Retterin in der Not. Dort gab es in der Küche plötzlich und unerwartet einen personellen „Notstand“. Das Heideruh-Mitglied Helga Fugh (Dinslaken)-verlängerte ihren Aufenthalt, um für unser leibliches Wohl zu sorgen, und Gerda wiederum verzichtete auf die Teilnahme am Seminar und machte auch Küchendienst. Verspätet, aber trotzdem auch auf diesem Wege unser Dank an beide. Weiter möchte ich auch auf diesem Wege zwei Genossen, die im Januar ihren 70. Geburtstag feierten, herzlich gratulieren. Das sind Jörg Stelling (3. Januar) und Uwe Scheer (4. Januar). Uwe war lange Jahre unser Landesvorsitzender und bildet jetzt mit Ellie-Marie Simon (Neustrelitz) die Redaktion unseres Rundbriefs und ist Mitglied im Landesvorstand. Allen weiteren Geburtstagskindern wünsche ich alles Gute, auch wenn es nicht unbedingt persönlich klappt, weil uns häufig die genauen Daten fehlen.

Am 20. Februar 2010 fand unsere 1. Vorstandssitzung in diesem Jahr in Hamburg statt.

Informationen von der Verbandsvorstandstagung beinhalten die Hinweise auf eine Konferenz des Landesverbands Thüringen am 10. April mit Unterstützung des Verbandsvorstands zu dem Thema: „Zur Revision des antifaschistischen Grundkonsens in der Gegenwart.“

Weiter findet in Berlin die bundesweite Konferenz zum Thema „Antiimperialistische Solidarität gegen Neokolonialismus und Missionierung – für Unabhängigkeit und Selbstbe-

stimmung“ statt. Wer Interesse hat, kann sich gern bereits zeitnah bei mir melden.

Ausführlich haben wir über die Mitgliedschaft des DFV im KORSO gesprochen und werden dieses Thema auf unserer nächsten Sitzung im Sommer thematisieren und dazu Ralf Lux (Brandenburg) einladen. Ralf ist unser Vertreter des Verbandsvorstands in dem Gremium.

Der Landesvorstand hat beschlossen, auch wieder die diesjährigen Ostermarschauftufe in Kiel und Hamburg zu unterschreiben und zu unterstützen.

Am 1. Mai werden wir wieder an verschiedenen Orten unserer Region mit Informationsständen präsent sein.

Weitere Informationsstände werden wir beim Sommerfest in Heideruh, beim Wasserturmfest in Elmshorn, am Antikriegstag / Weltfriedenstag anbieten. Dazu siehe auch unter Termine.

Die Landesvorsitzende hat eine Grußadresse an die Demonstrationsteilnehmer an der Demonstration gegen den Afghanistankrieg am 20. Februar in Berlin gesandt. Das wurde vom Vorstand begrüßt.

Ausführlich wurde die finanzielle Situation in unserem Landesverband angesprochen und diskutiert.

Es wird an alle Mitglieder appelliert, an die Beitragszahlungen zu denken und zu überweisen. Sehr erfreut ist unser Verband auch, wenn Freunde und Mitglieder auch mit einer kleinen Spende unsere kulturelle und weltanschauliche Arbeit unterstützen. Um inhaltlich weiterhin gute Wochenendseminare anbieten zu können, wurde über eine zukünftige Seminargebühr von 10 Euro etwa diskutiert, aber noch kein Beschluss gefasst.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 10. Juli um 11.00 Uhr in Hamburg statt. Die Sitzungen sind verbandsöffentlich.

Angelika Scheer

Wochenendseminar 2010 am 23./24. Oktober 2010 in Neustrelitz

Kultur ist wie man lebt

Vom Lebensanfang bis zum Lebensende gehören Feiern als kulturelle Ereignisse auch bei Freidenkern zum Leben dazu.

Wir wollen uns mit der weltlichen Feierkultur zu den verschiedenen Höhepunkten im Leben von Freidenkern befassen. Das sind:

- Namensweihen
- Jugendweihen
- Eheschließungen
- Weltliche Trauerfeiern

In Kurzreferaten werden Inhalte und Erfahrungen dargestellt, die dann diskutiert werden. Ziel des Seminars sollen Informationsaustausch, Anregungen, Planung von Angeboten sein.

Dieses ist eine Vorabinformation. Der genaue Ablauf folgt.

Das Seminar findet statt im Haus des Gastes, Bootshaus Neustrelitz, Useriner Str. 1; Beginn 23. Oktober um 13.00 Uhr. Am Sonntag findet dann traditionell unsere offene Vorstandssitzung statt, zu der auch die anderen Seminarteilnehmer herzlich willkommen sind. Preis pro Person und Nacht 30 Euro plus 6 Euro Frühstück. Die Anreise kann auch bereits am Freitag erfolgen. Auch über ein eventuelles Zusatzprogramm (Spaziergang am See oder Stadtrundgang ...) erfolgen noch Infos. Um die Kosten decken zu können, werden wir eventuell eine geringe Seminargebühr erheben.

Ab sofort nimmt der Landesverband Anmeldungen für das Wochenende entgegen.

Angelika Scheer

Braucht Hamburg ein Unterrichtsfach humanistische Lebenskunde?

Auf Betreiben des Hamburger Landesverbandes des Humanistischen Verbandes (HVD) wurde eine Initiative gegründet, die sich für ein Unterrichtsfach „humanistische Lebenskunde“ stark macht. Vorbild ist dabei Berlin. Dort gibt es neben dem für alle Schüler verbindlichen Fach Ethik die freiwilligen Zusatzangebote der Kirchen und Religionsgemeinschaften für konfessionellen Religionsunterricht und humanistische Lebenskunde des HVD. Die Teilnahme daran ist freiwillig. Die Lehrer für humanistische Lebenskunde werden vom HVD ausgebildet und angestellt, natürlich müssen diese auch Mitglied des Verbandes werden. Die ganze Chose wird vom Staat finanziert. Dabei fällt dann natürlich auch Geld für den eigenen Verein ab. Ob der HVD in Hamburg Lebenskunde als Ersatzfach für Religion oder ob er für ein Unterrichtsfach Ethik wie in Berlin eintritt, ist nach den bisherigen Veröffentlichungen unklar. Im Gegensatz zum Deutschen Freidenker-Verband, der für die strikte Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule eintritt, strebt der HVD nach Gleichbehandlung mit den Kirchen im Privileg. Der Deutsche Freidenker-Verband fordert für alle Bundesländer die Einführung eines für alle Schüler verbindlichen Unterrichtsfachs Ethik ein. Ersatz- oder staatlich finanzierte Zusatzangebote werden abgelehnt. Religion ist Privatsache. Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen nach unserer Auffassung nach dem Vereinsrecht und nicht nach öffentlichem Recht behandelt werden. Das heißt vor allem auch, um ihre Finanzen müssen sie sich selber kümmern. Es ist nicht die Aufgabe des zur weltanschaulichen Neutralität verpflichteten Staates, Kirchen, Religionsgemeinschaften und auch nicht den HVD zu finanzieren.

Der Humanistische Verband Deutschlands, mit Schwerpunkt in Berlin, ist entstanden aus dem strikt antikommunistisch ausgerichteten Deutschen Freidenker-Verband Westberlin und früheren Gliederungen der freireligiösen Gemeinde. Seine Landesverbände Niedersachsen, NRW und Bayern, alle früher freireligiös, sind vom Staat als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt, zwischen dem Land Niedersachsen und dem HVD-Landesverband als Rechtsnachfolger der Freien Humanisten besteht sogar ein Staatsvertrag. Aus dieser Privilegierung entsteht ein besonderes Treueverhältnis gegenüber dem Staat. Fesseln, die der Deutsche Freidenker-Verband für sich strikt ablehnt.

Cornelius Kaal

DFV - Veranstaltungen zusammen mit der MASCH Bergedorf

Zwei Veranstaltungen sind erstmalig in diesem Frühjahr mit der Marxistischen Abendschule (MASCH) und dem DFV-Ortsverband durchgeführt worden. Im Februar sprach Fritz Tetsch, Biologe in Hamburg, zu „Evolutionstheorie und marxistische Weltanschauung“ als Nachtrag zum Darwin-Jahr. Folgende Fragen standen im Mittelpunkt des Vortrags und der Diskussion:

Bestimmen die Gene auch das Sozialverhalten von Menschen? Ist also eine sozialistische Gesellschaft schon deshalb utopisch, weil die Menschen naturgegeben gierig und egoistisch sind?

Sind Gene Schicksal oder können Umweltbedingungen, also menschliches Verhalten, auf diese einwirken? Ergibt sich die menschenverachtende und rassistische Ideologie des sog. Sozialdarwinismus folgerichtig aus der Evolutionstheorie?

Darwin war auch das Thema im Herbst, an der wir mit einem Infostand an der Veranstaltung MASCH der Universität Hamburg mit einem Informationsstand teilgenommen haben.

Eine weitere Veranstaltung fand im März mit Klaus von Raussendorff, dem Referenten für internationale Solidarität des Verbandsvorstandes des DFV, statt. Sein Thema „Religion als politische Kraft Judentum – Christentum – Islam“ hat er bereits mit uns norddeutschen Freidenkern in Bremen und auf dem Wochenendseminar in Retgendorf 2008 behandelt. Doch dieses Mal hatte er vor allem den fundamentalistischen Islam und die Verbindungen zu El Quaida, die für Anschläge verantwortlich gemacht werden, kenntnisreich erläutert.

Beide Veranstaltungen waren im Veranstaltungszentrum LOLA im Bergedorfer Ortsteil Lohbrügge mit jeweils über 20 Teilnehmern gut besucht.

Doch die Erwartungshaltung der Teilnehmer, die Beschreibung aller drei monoistischen Religionen und ihren Einfluss auf die fundamentalistische Politik wurde insofern enttäuscht, da von Klaus fast nur der Islam angesprochen worden ist.

Wie bereits in im letzten Rundbrief bekanntgegeben, wollen wir durch die Hamburger Bezirke mit Veranstaltungen tingeln und Kooperationspartner suchen. Eine dieser Partner ist die MASCH, über deren Bedeutung der nachfolgende Artikel Aufschluss gibt. Wer Anregungen zu Themen hat, möge sich melden.

USch

Was ist die MASCH?

MASCH

Die MASCH hat eine lange Tradition. Schon 1840 gründeten deutsche Handwerker einen ersten Arbeiterbildungsverein, in dem auch Karl Marx und Friedrich Engels Vorträge hielten. 1906 gründete August Bebel die Parteischule der SPD, in der u.a. Rosa Luxemburg und Franz Mehring lehrten.

Einer der führenden Mitarbeiter der SPD-Parteischule, Hermann Duncker, wurde nach dem 1. Weltkrieg Mitbegründer der KPD. Auf seine Initiative hin nahm 1926 die Marxistische Arbeiterschule ihre Arbeit auf. Die MASCH war zwar von der KPD initiiert, aber bewusst als unabhängiges Institut zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus angelegt. Zu den Besuchern gehörten vor allem Mitglieder der KPD, aber auch zahlreiche Sozialdemokraten, Unorganisierte, Studenten und „gutbürgerliche Leute“. Der Zuspruch war groß. 1931/32 bot allein die Berliner MASCH 400 Kurse zu Fragen der Politik, Geschichte, Ökonomie, Kultur, Medizin und Sexualität an. Zu den Dozenten gehörten viele prominente Zeitgenossen: u.a. Walter Gropius, John Hartfield, Egon Erwin Kisch, Erwin Piscator, Bertolt Brecht und Albert Einstein.

Auch die Bergedorfer Gruppe der MASCH versteht sich als unabhängige, überparteiliche Institution, die allen Menschen offen steht, die sich mit dem Marxismus und seinen Antworten auf die Fragen unserer Zeit beschäftigen wollen. Zweck des Vereins ist das Studium und die Verbreitung des Marxismus durch Seminare, sowie Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen. Zur Gründung dieser Bergedorfer Grup-

pe der hamburgweit agierenden MASCH hatten im Juni 2008 zehn bekannte Bergedorfer Linke eingeladen., darunter Gewerkschafter, Mitglieder der Partei Die Linke und der DKP, Parteilose, Alt- und Junglinke.

*Text entnommen: MASCH in Bergedorf
bergedorf@marxistische-abendschule.de
www.marxistische-abendschule.de*

Mangelndes Geschichtsbewusstsein

unterstelle ich dem Senat hinsichtlich des Zustandes und der Sicherung der alten Gräber des Jüdischen Friedhofes Ilandkoppel in Ohlsdorf. Der Jüdische Friedhof an der Ilandkoppel 68 ist einer der bedeutendsten Orte jüdischer Sepural- bzw. Begräbniskultur. Das elf Hektar große Areal wurde 1883 angelegt und hält die Erinnerung an bedeutende jüdische Persönlichkeiten aus der früheren Zeit wach, wurden doch im Gefolge der Schändung jüdischer Friedhöfe durch die Nazis eine Reihe von älteren Grabsteinen hierher versetzt. Auf dem Friedhof Ilandkoppel befindet sich das Grabmal des Vorkämpfers für die jüdische Emanzipation Gabriel Riesser (1806-1863) und das von Betty Heine (1771-1859), der Mutter von Heinrich Heine. Die ältesten Grabmale datieren aus dem Jahre 1713. Nach 1945 wurden auf dem Friedhof – als übrigens dem einzigen in Hamburg – auch wieder Hamburger Jüdinnen und Juden bestattet. Seit 1951 befindet sich auf dem Gelände das zentrale Mahnmal für die während der NS-Zeit ermordeten Hamburger Juden.

Die Erfassung der Gräber wurde einige Zeit aus einem kleinen Etat der Freien und Hansestadt gefördert. Ende 2009 stellte der Senat diese Förderung ein, ohne dass die wichtige kulturhistorische Tätigkeit abgeschlossen worden wäre. Auch der Zustand von wichtigen, bereits zerfallenen Dokumenten in der Verwaltung des Jüdischen Friedhofs ist ein trauriges Beispiel für den mangelhaften Umgang der Stadt mit diesem Teil der hamburgischen Geschichte.

René Senenko von der Willi-Bredel-Gesellschaft formuliert daher zu Recht: „Man sagt immer, dass wir von der jüngeren Geschichte eine Verantwortung haben, insbesondere gegenüber den Juden. Gerecht wird man der Verantwortung immer nur dann – so scheint es oft –, solange Geld da ist. In der Verwaltung des jüdischen Friedhofs Ilandkoppel fehlt es. Hier zerbröseln dem Verwalter die alten Registerlisten zwischen den Fingern. Hier muss dringend was passieren.“

Ich habe das mangelnde Geschichtsbewusstsein der Stadt und des Senats in einer Kleinen Anfrage aufgegriffen und will mich dafür einsetzen, dass die Erfassung der Grabstellen vernünftig abgeschlossen wird. Und ich halte es für unerlässlich, dass die auf dem Friedhofsgelände verwahrten, teilweise sehr alten Dokumente entweder restauriert oder zumindest eingescannt werden, um die Erinnerung an die Verstorbenen wach zu halten.

Die Willi-Bredel Geschichtswerkstatt e.V. führt Rundgänge über den Jüdischen Friedhof Ilandkoppel durch, in diesem Jahr noch zwei Mal:

am 30. Mai, 14:00 Uhr (Treffpunkt: S-Bahn Ohlsdorf/Ausgang Friedhof, Teilnahmegebühr: 5 Euro) und **am 19. September, 11:30 Uhr** (Treffpunkt: Pavillon der Willi-Bredel-Gesellschaft auf dem Festgelände zum »Tag des Friedhofs«/Friedhof Ohlsdorf, Teilnahme kostenfrei).



Begleitet werden die zwei bis zweieinhalb Stunden dauernden Rundgänge von Semjonas Voronovas. Männliche Teilnehmer werden gebeten, eine Kopfbedeckung mitzubringen. Friedhof Ilandkoppel (Foto: René Senenko)

*Joachim Bischoff | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de
Aus: BürgerInnenbrief Mitte | 22. März 2010 Seite 7*

Ehrenamtsmesse 2010 in Kiel

Alle zwei Jahre gibt es im Kieler Rathaus eine Ehrenamtsmesse. In diesem Jahr fand sie das dritte Mal statt. 120 Initiativen und Vereine präsentierten sich auf drei Etagen, wie z. B. die Diakonie, die in der bürgerlichen Presse besonders erwähnt wurde. Sie hilft z. B. Ratsuchenden bei Behörden-gängen u. a. Aber auch die traditionellen Vereine der Arbeiterbewegung wie die Naturfreunde, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Arbeiterwohlfahrt waren dabei. Beim Naturfreundestand und beim Arbeiter-Samariter-Bund hielt ich mich etwas länger auf.

Neben dem Naturfreundestand war unsere Freidenker-Freundin Marlis Rathje, die mit ihrer Ausstellung das Schicksal der russischen Zwangsarbeiter/innen während des Krieges im Kieler Raum präsentierte. Hier handelt es sich um Menschen, die zwangsverschleppt und nicht freiwillig in Deutschland waren. Diese Menschen haben Deutschland und besonders Schleswig-Holstein das erste Mal wiedergesehen. Sie wollten die Stellen, u. a. Güter und Fabriken, aufsuchen, auf und in denen sie arbeiten mussten. Unser Genosse Dieter Braun hatte sie 2008 zu den entsprechenden Stellen gefahren. Sie waren auch bei der Cap-Arcona-Gedenkfeier vor zwei Jahren.

An einem weiteren Stand war unsere Freidenker-Genossin Ursula Christen beteiligt. Es handelte sich um den Kieler Stadtteil Kroog, der eine idyllische Lage hat. Sparziergänge führen zum Wellsee und ins Rönner Gehölz.

Auch „Kultur vor Ort“ ist seit einigen Jahren vorhanden. Doch für ältere Menschen, die nicht mehr Auto fahren, gibt es ein Problem. Vor Ort sind keine Versorgungseinrichtungen mehr wie vor 25 Jahren. Supermärkte wurden im Stadtteil Elmschenhagen und in Raisdorf (schon Kreis Plön) angesiedelt. Die Menschen sind also auf fremde Hilfe angewiesen oder müssen ihre Häuser verkaufen und wegziehen. Der kleine Kaufmann kann nicht mit den Supermärkten konkurrieren, deshalb haben alle aufgegeben. Mir wurde gesagt, ein Anfang sei schon gemacht.

Seit Mai 2009 können die Krooger jeden Freitag vor ihrer

Haustür Bio-Backwaren und Bio-Lebensmittel vom Verkaufswagen empfangen. Ein Kleinbus könnte für zwei Stunden als Einkaufshilfe zur Verfügung gestellt werden. Es fehlen aber noch ehrenamtliche Fahrer und Fahrerinnen.

Insofern habe ich doch einige interessante Informationen von dieser Ehrenamtsmesse mitgenommen.

Gerd Adolph

Lübecker Erklärung: Neonaziaufmärsche verhindern

Wie in den vergangenen Jahren wollen am 27. März 2010 Nazis wieder durch Lübeck marschieren. Als Anlass soll die Bombardierung Lübecks durch die alliierte Luftwaffe im März 1942 herhalten.

Das bedeutet, dass Neonazis aus ganz Norddeutschland kommen, um ihre faschistische Gesinnung offen zu zeigen und für ihre menschenverachtenden Ziele zu werben. Dabei können sie an Denkmuster anknüpfen, die sogar mitten in unserer Gesellschaft verankert sind. Wir tolerieren das nicht.

WIR WERDEN UNS WIDERSETZEN.

Vierorts gelingt es Menschen, Aufmärsche von Nazis empfindlich zu stören. In Lübeck ist es 2006 gelungen, die Nazis aus der Innenstadt herauszuhalten, indem viele einfach auf der Holstentorbrücke saßen oder standen.

2007 konnte eine Kundgebung der Nazis auf dem Kohlmarkt verhindert werden, da hunderte Menschen den Nazis diesen Platz nicht überlassen wollten und einfach dort blieben.

2008 wurde der Nazi-Aufmarsch durch St. Lorenz-Nord mittels einer Sitzblockade in der Hansestraße erheblich verzögert.

2009 wurde durch starke Präsenz von Gegendemonstranten die Naziroute durch die Polizei verkürzt. Viele Beteiligte machten zum ersten Mal die Erfahrung, dass durch begrenzte kollektive und gewaltfreie Regelverletzungen eine politische Intervention möglich ist.

Auch 2010 werden die Rechtsextremen in Lübeck keinen Erfolg haben.

WIR WERDEN UNS SETZEN.

Wir werden den Neonazis den Weg versperren. Wir sind überzeugt, dass 2010 viele Menschen aus Lübeck und der Region bereit sind, diesen Aufmarsch mit gewaltfreien Blockaden zu verhindern. Wir selbst sind verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, dem erstarkenden Rechtsextremismus unsere Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und Vielfalt entgegenzusetzen.

WIR ERKLÄREN:

Wir sind entschlossen, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Wir sind solidarisch mit allen, die dieses Ziel mit uns teilen. Wir wollen das in gemeinsamen und gewaltfreien Aktionen erreichen. Wir werden den Nazis mit Blockaden zeigen, dass wir sie weder in Lübeck noch anderswo dulden.



Veranstaltung des Bündnis „Wir können sie stoppen“ und der VVN-BdA Lübeck/Lauenburg zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte hier abgeben: Evangelisch-Reformierte Kirchengemeinde Lübeck, Breite Straße 17, 23552 Lübeck.

Weitere Unterschriftenlisten: www.luebecker-erklaerung.de, info@luebecker-erklaerung.de

V.I.S.D.P Joachim Nolte c/o Ev. luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg, Bäckerstraße 3,5, 23564 Lübeck

Militärseelsorge abschaffen!

Lüneburg – 8.3.2010 – Anlässlich der heute in Lüneburg beginnenden 55. Gesamtkonferenz Evangelischer Militärgeistlicher stellt der Deutsche Freidenker-Verband, Landesverband Nord, fest:

Wir lehnen die so genannte „Militärseelsorge“ ab, da sie der öffentlichen Akzeptanz und der Legitimation von Kriegen ebenso dient, wie der „moralischen“ Aufrüstung des militärischen Personals.

Die „Militärseelsorge“ wird durch Steuermittel finanziert. Diese Privilegierung ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche und bedeutet eine Diskriminierung und Verletzung der Gleichheit konfessionell nicht Gebundener. Eine Gleichstellung anderer weltanschaulicher Organisationen durch die Gewährung der gleichen un gerechtfertigten Privilegien hebt diesen Verstoß nicht auf und ist genauso abzulehnen wie das bisher praktizierte „Militärseelsorge“-System.

Für Rückfragen: Cornelius Kaal – 0177 – 20 49 867
Pressemitteilung des DFV Nord vom 8.3.2010

Keine Schulübernahmen durch die Kirchen

Lüneburg – 23.02.2010 – Mit Befremden hat der Deutsche Freidenker-Verband – Landesverband Nord e.V. – Bestrebungen der evangelisch-lutherischen Landeskirche zur Kenntnis genommen, bestehende allgemeinbildende Schulen in Niedersachsen in ihre Trägerschaft zu übernehmen. Dahinter stehen strategische Überlegungen, die vonseiten der Kirche auch zugegeben werden. Angesichts einer zunehmenden Zahl von Kirchenaustritten, der Entfremdung von vielen nominalen Mitgliedern, erhofft sich die Kirche von der Übernahme

solcher Schulen wieder näher an kirchenfremde Menschen heranzukommen.

Schulen in kirchlicher Trägerschaft unterscheiden sich von staatlichen Schulen durch die ausdrückliche Voraussetzung des christlichen Glaubens als Bekenntnis in der gesamten Arbeit der Schule. Dies muss vom Kollegium und Eltern mitgetragen werden, ob sie wollen oder nicht. Für die Lehrer gilt dann, weil bei einem Tendenzbetrieb beschäftigt, dass Arbeitsrecht nur noch sehr bedingt.

Cornelius Kaal, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes, stellt dazu fest:

„Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, an Mitgliedschwund und damit auch zurück-gehenden Einnahmen leidenden Kirchen und Religionsgemeinschaften allgemeinbildende Schulen zu übertragen, damit diese besser an zukünftige Kirchensteuerzahler herankommen. Der Staat ist zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Deshalb muss er alle Kirchen und Religionsgemeinschaften aus den Schulen heraushalten. Selbiges gilt unserer Ansicht nach auch für Kindergärten und andere Erziehungseinrichtungen.“

*Für Rückfragen: Cornelius Kaal 0177 – 20 49 867
PM des DFV Nord*

Friedensratschlag: Nicht das Grundgesetz ändern, sondern die Politik

Kassel, 18. Dezember 2009 - Zu der heute (Freitag, 18. Dez.) von der CDU/CSU losgetretenen Diskussion um eine Grundgesetzänderung zur Erleichterung der Kriegführung erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel:

Die Wortführer der CDU/CSU scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein, wenn sie den Streit um das Kundus-Massaker zu einer Grundgesetzänderung nutzen wollen. Es ist lächerlich zu behaupten, da das Grundgesetz „asymmetrische Konflikte“ nicht kenne, müsse es an die Kriegswirklichkeit „angepasst“ werden. Erstens sind „asymmetrische Kriege“ nicht wirklich neu, sondern sind so alt wie die Kriege selbst. Und zweitens gibt es allgemein verbindliche Regeln des Kriegsvölkerrechts (Haager Landkriegsordnung und Genfer Konvention), an die sich reguläre Armeen in Kriegs- und Bürgerkriegssituationen zu halten haben. Diese Konventionen (die z.B. den Schutz der Zivilbevölkerung vorschreiben) sind nach Artikel 25 GG unmittelbar geltendes Recht auch für die Bundesrepublik Deutschland: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

Der Vorstoß der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (CDU) und Hans-Peter Uhl (CSU) zielt außerdem darauf ab, das allgemeine Kriegsverbot des Grundgesetzes, das dem allgemeinen Gewaltverbot der UN-Charta (Art. 2) entspricht, aus den Angeln zu heben. Somit sollen nicht nur die Kampfhandlungen im Krieg von humanitärem „Ballast“ befreit werden, das Kriegsverbot selbst steht plötzlich zur Disposition. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Da das Grundgesetz Kriegshandlungen, die nicht der Verteidigung Deutschlands die-

nen, verbietet, sollten diese Kriegshandlungen eingestellt werden! Das strikte Friedensgebot des Grundgesetzes (Art. 26 GG) ist eine der wichtigsten Lehren aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, für die das Kaiserreich und das faschistische Deutschland verantwortlich waren. Wer dieses Verbot angreift, will zurück in die Zeit, als die Staaten noch ein „Recht auf Krieg“ für sich in Anspruch nahmen.

Die Friedensbewegung wendet sich entschieden dagegen, dass Krieg wieder zum „normalen“ Mittel der Politik gemacht wird. Wer immer die Axt an das Grundgesetz legen möchte, um die Bundeswehr leichter in Kriege schicken zu können oder den Soldaten das Kriegshandwerk zu erleichtern, stellt sich gegen das Völkerrecht und das Gewissen der Menschheit. Statt das Grundgesetz an die Kriegswirklichkeit anzupassen, soll sich die Politik den Geboten des Grundgesetzes anpassen. Der beste Weg, das Völkerrecht einzuhalten, besteht darin, die Kriege zu beenden. die erste und wichtigste Konsequenz aus der Debatte um das Kundus-Massaker ist daher, die Bundeswehr aus Afghanistan zurück zu holen – lieber heute als morgen!



*Für den Bundesausschuss
Friedensratschlag:
Peter Strutynski, Kassel
Datum: 18. Dec 2009 13:01
Pressemitteilung des Bundesausschusses
Friedensratschlag*

Fliegen für den Krieg Illegale Übungen der Bundeswehr und der NATO in Mecklenburg

BERLIN/NEUBRANDENBURG (Eigener Bericht) - Mit multinationalen Kriegsübungen in Mecklenburg-Vorpommern verstößt die Bundeswehr gegen den 2-plus-4-Vertrag aus dem Jahr 1990. Entgegen den Bestimmungen des völkerrechtlich bindenden Abkommens, das Truppen des westlichen Kriegsverbündnisses den Aufenthalt auf dem Territorium der ehemaligen DDR untersagt, fand erst unlängst ein NATO-Manöver auf dem Militärflugplatz Trolenhagen bei Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Laut Berichten handelte es sich dabei um die „größte Kampfübung in der Geschichte der deutschen Luftwaffe“.

Wie es heißt, wurde die „gesamte Bandbreite von Luftkriegsoperationen“ trainiert – einschließlich der Bekämpfung von „Terroristen“. Dieser Teil des Übungsszenarios erinnert stark an das Vorgehen von Bundeswehr und NATO in Afghanistan, das erst Anfang September letzten Jahres nahe Kunduz zu einem verheerenden Massaker an Zivilisten geführt hat.

Im Normalbetrieb hat der Fliegerhorst Trolenhagen bereits jetzt eine hohe Bedeutung für die Kriegführung in Afghanistan:

Er fungiert als zentrale Nachschubbasis für die deutschen Besatzungstruppen – auf der Grundlage einer umfassenden „zivil-militärischen Zusammenarbeit“.

*Newsletter vom 7.1.2010 - mehr
<http://www.german-foreign-policy.com/de/info/nl.php>*

Grußadresse über das Hamburger Forum an die Antikriegsdemonstration am 20. Februar in Berlin

Lieber Lühr, liebe Friedensfreunde, auf Grund von Terminüberschneidungen sind wir leider nicht persönlich in Berlin. Der Deutsche Freidenker-Verband (DFV) hat eine Stellungnahme abgegeben und ruft natürlich auch zu dem Protest auf. Ich gehe davon aus, dass zahlreiche Freidenker in Berlin dabei sein werden und zwar aus dem ganzen Bundesgebiet. Für den DFV Nord e.V. deren Vorsitzende ich bin, übermittel ich meine und unsere Solidarität im Kampf für Frieden und fordern keine weiteren Soldaten nach Afghanistan und den sofortigen Abzug der dort im Land vorhandenen Soldaten.

Der Deutsche Freidenker-Verband ist eine Kultur- und Weltanschauungsorganisation und hat in seinem Grundsatzpapier (Berliner Erklärung) unter anderem festgeschrieben: „Der DFV setzt sich ein für eine Welt ohne Kriege und die Selbstbestimmung der Völker“ und weiter: „Der DFV beteiligt sich bei Bündnisveranstaltungen, die zum Beispiel im Bereich Antifaschismus und Friedensaktivitäten angesiedelt sind“.

Solidarische Grüße

Angelika Scheer

Vorsitzende DFV Nord e.V.

Hiroshima-Platz für Hamburg!

Das Hamburger Forum plädiert auch aus historischen Gründen dafür, den Bereich am Dammtorwall in „Hiroshima-Platz“ umzubenennen.

1936 wurde dort das Krieg und Militarismus verherrlichende Kriegerdenkmal errichtet. Nach 1945 entwickelte sich

dieser Platz zunehmend zu einem Treffpunkt Hamburger Kriegsgegner und Friedensfreunde, etwa zum 1. September, dem Antikriegstag.

Mit der Errichtung des Antikriegsdenkmals des österreichischen Bildhauers Alfred Hrdlicka wird einerseits die unheilvolle Verflechtung von Krieg und Militär und andererseits der Friedenswille der Mehrheit der Bevölkerung symbolisiert.

Inzwischen haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sich dieser Initiative angeschlossen und unterstützen sie mit ihrer Unterschrift, die wir bereits an den Eingabenausschuss weitergeleitet haben.

Diese Initiative würde auch vom DFV Ortsverband Hamburg unterschrieben

DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND e.V.

Landesverband Nord e.V.

www.dfv-nord.de

Norddeutsche Freidenker unterstützen Ostermärsche

Hamburg – 21.2.2010 – Die Ostermärsche der Friedensbewegung in Norddeutschland werden vom Deutschen Freidenker-Verband – Landesverband Nord e.V. unterstützt. Dies beschloss der Landesvorstand auf seiner am Samstag in Hamburg durchgeführten Tagung. Der Landesvorstand sandte ein Grußschreiben an die zeitgleich in Berlin durchgeführte Demonstration gegen den Afghanistankrieg. Beschlossen wurde die Unterstützung eines Spendenaufrufs zugunsten der von der Erdbebenkatastrophe in Haiti betroffenen Menschen.

Der Deutsche Freidenker-Verband ist als Weltanschauungsgemeinschaft und Kulturorganisation einer weltlich-

Einladung zu den Internationalen Gedenkveranstaltungen in Wöbbelin, Neustadt in Holstein und Hamburg-Neuengamme 2. -4. Mai 2010

Anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung aus den Konzentrationslagern, der Bombardierung der Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges

Veranstalter: KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit der Amicale Internationale KZ Neuengamme, Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Im Jahr 2010 werden anlässlich des 65. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager wieder zahlreiche Gedenkveranstaltungen stattfinden. Ehemalige Häftlinge des KZ Neuengamme und ihre Angehörigen aus ganz Europa werden in Hamburg-Neuengamme und in Neustadt in Holstein zusammenkommen, um derer zu gedenken, die das Kriegsende nicht mehr erleben konnten. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, den Gedenkfeierlichkeiten beizuwohnen.

PROGRAMM

2. Mai 2010 Wöbbelin Gedenkveranstaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Befreiung des KZ-Auffanglagers Wöbbelin

3. Mai 2010 Neustadt in Holstein

16.00 Uhr Gedenkveranstaltung des Landes Schleswig-Holstein am „Cap Arcona“ - Ehrenmal in Neustadt

Es sprechen: Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (angefragt); Marian T. Hawling, Überlebender der „Cap Arcona“, Oatley /Australien (angefragt); Henning Reimann, Bürgermeister der Stadt Neustadt in Holstein

4. Mai 2010 Hamburg-Neuengamme Gedenkveranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

10.00 Uhr - 17.00 Uhr: Zeitzeugengespräche in den Räumen des Studienzentrums; Besichtigung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Ausstellungen, öffentliche Führung,

17.00 Uhr: Kranzniederlegung am Internationalen Mahnmahl

17.30 Uhr - 19.00 Uhr: Gedenkveranstaltung im Klinkerwerk

Es sprechen: Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg; Robert Pinçon, ehemaliger Häftling des KZ Neuengamme und Präsident der Amicale Internationale KZ Neuengamme, Le Louroux/Frankreich; Bernd Neumann, Staatsminister und Beauftragter für Kultur und Medien (angefragt).

Musikalische Begleitung: Bejarano & Microphone Mafia und Neuer Chor Hamburg

Für Rückfragen: KZ-Gedenkstätte Neuengamme Tel.: 040-428131500. Stand: 20. Januar 2010, Änderungen vorbehalten

humanistischen Ethik verpflichtet. Daraus resultierend versteht er sich als Teil der Friedensbewegung.

In ihrem Grundsatzdokument, der „Berliner Erklärung“, stellen die Freidenker dazu fest:

„Der DFV wendet sich gegen jede Form innerer und äußerer Kriegsvorbereitung, sei sie ökonomischer, politischer, militärischer oder ideologischer Art. Krieg in jeder Form, auch als humanitäre Einsätze oder ‚friedenserhaltende bzw. friedensschaffende Maßnahmen‘ deklariert, muss entschieden Widerstand geleistet werden. Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht zur weltweit agierenden Militärmacht werden, die den deutschen Waffen auch noch deutsche Soldaten in alle Welt folgen lässt.

Vorrangig ist das Verhindern der Verbreitung und die Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen, umfassende Abrüstung sowie ein radikaler Truppenabbau bis zur Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit, damit Kriege nicht mehr führbar sind.

Die Umstellung der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion und ein Verbot des Exports von Waffen aller Art ist notwendig. Die freiwerdenden Mittel sind zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Eindämmung des Hungers und Elends in der Welt einzusetzen.

Der DFV unterstützt alle Aktivitäten für die Erhaltung des Friedens, für Abrüstung und Freundschaft der Völker.

Für Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen

Unser Ziel ist eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen.“

Für Rückfragen: Cornelius Kaal 0177 – 20 49 867

Die Schlammschlacht rechter Parteien im nördlichen Schleswig-Holstein

Das DVU-Neumitglied, der frühere Kreisvorsitzende der NPD in Nordfriesland, Kevin Stein, wird von seinen früheren Parteifreunden beschimpft, bedroht und angeblich auch angegriffen. Nun wehrt er sich, indem er an die Öffentlichkeit geht. Das Resultat ist ein spannender Roman direkt aus dem Leben. Der Titel könnte heißen: „Die (un)heimlichen Verbrechen der NPD in Nordfriesland“.

Laut eigener Aussage wird Stein von den Ex-Parteikollegen vorgeworfen Geld unterschlagen zu haben. Stein dementiert dies. Er habe, obwohl er ja Kreisvorsitzender gewesen wäre, nie Zugriff auf das Konto gehabt und wäre nicht einmal im Besitz einer Kontovollmacht gewesen. Stein kontert mit pikanten Details. Das Bekanntwerden dürfte Folgen für die NPD haben. „Weiterhin hatten mir damals mehrere Mitglieder bestätigt, dass der ehemalige Kreisschatzmeister der NPD, ein älterer Herr, früher höhere Spenden bekommen haben soll. Die soll er nie verbucht haben, sondern auf sein privates Konto eingezahlt haben. Ich selbst erinnere mich auch noch an die Anfangszeit meiner Mitgliedschaft in der NPD. Da hatte der Kreisverband zwischenzeitlich kein eigenes Konto mehr und wir sollten die Beiträge auf das private Konto des damaligen Schatzmeisters einzahlen.“

Der Wechsel von Kevin Stein hat jetzt schon massiv Wellen geschlagen. So wurden ihm kurz nach dem Wechsel die Fensterscheiben eingeworfen. „Ich dachte erst, das waren die Linksradikalen. Aber momentan glaub ich immer mehr, dass diese Tat aus ganz anderen Kreisen kam. Jeder kann sich ja

jetzt denken aus welchen.“ Auch bedroht worden soll er sein: „Ich solle mich nicht mehr auf Demonstrationen sehen lassen, da ich eine falsche Schlange sei und zum „Judenverein DVU“ gewechselt bin.“

Mittlerweile hat Stein Strafanzeige gegen den NPD-Kreisverband Nordfriesland/Schleswig-Flensburg gestellt. Im Verlauf dieses Verfahrens ist wohl mit dem Bekanntwerden einiger illegaler Aktivitäten vereinzelter Mitglieder zu rechnen. Manches nennt Stein schon jetzt. So soll beim stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden, Arne Kaehne, „vor etlichen Monaten eine Hausdurchsuchung“ stattgefunden haben, bei der „Waffen im Spiel“ gewesen sein sollen. Zudem sollen Mitglieder der NPD Nordfriesland mit Prostitution und Rauschgifthandel zu tun haben. Doch Stein gibt noch mehr Insiderwissen preis. Zur Demonstration gegen ein „braunes“ Husum am vergangenen Samstag, berichtet er die polizeilichen Erkenntnisse: Seiner Aussage nach haben zwei Mitglieder des NPD-KV Nordfriesland vor einigen Wochen Straftaten in der Husumer Neustadt begangen. Die Polizei hat den Vorfall bislang nicht als politisch motiviert eingestuft.

Die NPD agiert momentan so offensiv, wie schon lange nicht mehr. Erst kürzlich musste sie sich von einem Beitrag auf ihrer Homepage distanzieren und öffentlich entschuldigen. In ihm hatte sie behauptet, dass sich im Husumer Kulturzentrum Speicher „stadtbekannte Gewalttäter und Straftäter“ aufhielten und nicht ohne Grund „der Staatsschutz in fast regelmäßigen Abständen gegen Personen aus diesem Kreis“ ermitteln würde. Schon fünf Tage nachdem die öffentliche Entschuldigung erschien, am 22. November, distanzierte sich die Partei von ihrer öffentlichen Entschuldigung. Weitere vier Tage später hatten viele Nordfriesen Post von der NPD im Briefkasten. Ein verzweifelter Versuch Mitglieder zu gewinnen. Und am vergangenen Sonntag hatten Mitglieder rechter Gruppierungen in Meldorf (Kreis Dithmarschen) einen unangemeldeten Fackelmarsch abgehalten, der Aufsehen erregte, weil dort eine verbotene Reichskriegsflagge geschwenkt und rechte Parolen skandiert wurden.

Was an den Aussagen Steins dran ist, wird wohl erst durch polizeiliche Untersuchungen endgültig geklärt werden können. Klar ist jedoch, dass es eine turbulente Zeit für die rechten Parteien wird. Stein droht damit, etwa „50 Mitglieder“ der NPD zur DVU holen zu wollen. Die NPD wird sich das nicht gefallen lassen. http://fair-berichten.de/index.php?option=com_content&task=view&id=429&Itemid=163

NPD darf keine Stände aufbauen

Der Bezirk Nord setzt ein Signal gegen Neonazis. Seit Wochen versuchen NPD-Mitglieder für morgen einen Infostand anzumelden. Doch alle Anträge wurden abgelehnt.

Der Grund: ein neuer Beschluss. Nachdem Mitte August 2009 eine Passantin (43) an einem NPD-Stand an der Fuhlsbüttler Straße in Barmbek von Rechtsradikalen verprügelt wurde (MOPO berichtete), sieht der Bezirk eine „Gefahr für die Allgemeinheit“. Einstimmig hat die Bezirksversammlung kürzlich den Beschluss verabschiedet. Darin steht: „Die Bezirksverwaltung wird aufgefordert bei Anträgen auf Genehmigung von Informationsständen insbesondere die Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen.“ Sprich: Die Neonazis stellen eine Gefahr dar. Die Genehmigung wird schwierig.

Anfangs hatten die Rechtsradikalen den Antrag für einen Stand am U-Bahnhof Mundsburg eingereicht. Da dieser

jedoch unvollständig war, wurde er abgelehnt. Die Neonazis waren noch damit beschäftigt, den fehlerhaften Wisch zu bearbeiten, da funkte ihnen das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ dazwischen. Die Mitglieder meldeten genau für den Zeitraum, in dem die Rechten ihren Stand aufstellen wollten, ihre eigene Versammlung an der Mundsburg an. Der Antrag wurde genehmigt. Kurz darauf flatterte beim Bezirksamt der nächste NPD-Antrag ins Haus. Dieses Mal für einen Stand an der Fuhlsbüttler Straße. Abgelehnt! Ebenso wie der folgende Antrag für den Winterhuder Marktplatz. Bezirksamts-Chef Wolfgang Kopitzsch (61): „Aufgrund der Erfahrungen beim letzten Bundestagswahlkampf prüfen wir außerordentlich sorgfältig bei der Genehmigung von Infoständen.“ Zwar haben die Neonazis angedroht, vor das Verwaltungsgericht zu ziehen, doch dort ist bisher kein Eintrag eingegangen.

Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Linken: „Wir begrüßen sehr, dass das Bezirksamt die konkrete Gefahr erkannt hat.“ Gemeinsam wollen die Linke, GAL, SPD und das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ morgen (9 bis 17 Uhr) am Winterhuder Marktplatz gegen die NPD demonstrieren.

WIEBKE BROMBERG
aus MOPO 23. 1. 10 - online

Zum 38. Jahrestag des „Radikalerlasses“: Die BRD ein „Unrechtsstaat“?

Am 28.01. jährt sich zum 38. Mal der Tag des so genannten „Radikalerlasses“ der Ministerpräsidenten der (alten) Bundesländer und des Bundeskanzlers Willy Brandt. Berufsverbote für Linke aller Couleur waren die direkte Folge: 136 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, 1.250 abgelehnte Bewerber, 2.200 Disziplinarverfahren, 11.000 Berufsverbotsfälle insgesamt bei 3,5 Millionen Überprüfungen, die zu 35.000 Dossiers des Verfassungsschutzes führten. Verfahren dauerten bis zu 22 Jahren, inquisitorische „Anhörungen“ zusammen bis 28 Stunden. Es kam zu erheblichen Protesten im ganzen Bundesgebiet und weltweit. Die UNO-Menschenrechtskommission kritisierte diese Berufsverbotepraxis, die ILO/IAO stellte Verletzungen völkerrechtlicher Normen fest, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die von Menschenrechtsverletzungen und verurteilte die BRD in einem Fall sogar zu Schadenersatz.

In Erinnerung an diesen 38. Jahrestag kritisierte das Landesvorstandsmitglied der LINKEN, Horst Bethge (jahrelang Sprecher der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“) die Bundesregierungen und die Regierungen der (alten) Bundesländer heftig: „Sie haben niemals daraus den Schluss gezogen, die Berufsverbote zu annullieren und die Betroffenen zu entschädigen. Übrigens auch nicht die der ersten Berufsverbote-Welle, die nach dem so genannten „Adenauer-Erlass“ vom 19.09.1950 im Zuge der Kommunisten-Verfolgungen im beginnenden „kalten Krieg“ mit zahlreichen Strafverschärfungen und 10.000 Strafprozessen erfolgten. Anstatt nun nach dem Ende des „kalten Krieges“ dessen Schützengräben zu verlassen und diese Politik durch Rehabilitierungen zu bereinigen, sitzen die Verantwortlichen dieses finstere Kapitel der

Zitat:
**„Wir prüfen die
Genehmigung der
Stände sorgfältig“
Bezirksamtsleiter
Kopitzsch**

bundesdeutschen Geschichte einfach aus und hoffen, dass Gras darüber wächst. Mit bedauernden Sätzen von Willy Brandt, Herbert Wehner und Peter Glotz mit Vokabeln wie „Irrtum“ oder „unser größter Fehler“ ist es nicht getan.“ Horst Bethge kritisierte aber auch Gerhard Schröder, Heidi Wiecek-Zeul, Herta Däubler-Gmelin, Jürgen Trittin: „Damals haben sie mit uns gegen die Berufsverbote protestiert. Später, ins Amt gekommen, haben sie sie nicht annulliert und die Betroffenen nicht entschädigt.“

Bethge weiter: „Aber noch ist es nicht zu spät. Zwar sind die damaligen Minister nicht mehr im Amt. Selbst, wenn die meisten Betroffenen und die willfähigen Vollstrecker der Berufsverbote in Ämtern und Behörden jetzt in Pension gehen, gibt die langsam beginnende Öffnung der Ministeriumsakten die Gelegenheit zu einem neuen Anlauf für die Bereinigung. Dazu gehört auch, endlich den 35.000 Betroffenen Einsicht in ihre erspitzelten Dossiers des Verfassungsschutzes zu ermöglichen. Wie schon in Österreich, der Schweiz, Schweden und Norwegen in den 90ern geschehen. Denkbar wäre auch, nach dem Muster von Norwegens „Lund-Kommission“ eine Wahrheitskommission einzusetzen, die die Fälle von sich aus aufarbeitet und bereinigt. Das haben übrigens auch Schweden und unter anderen Verhältnissen auch Südafrika, Chile, Argentinien und Brasilien getan. Was dort möglich war, sollte auch hier gehen.“

„Die Verantwortlichen können doch nicht weiter mit der Lebenslüge davonkommen, dass im „kalten Krieg“ auf dieser Seite der Mauer immer alles „mit rechten Dingen“ zugegangen sei. Sie tun so, als wenn es nur die Verfolgung von Opponenten in der DDR und das Wirken der Staatssicherheit gegeben hätte. Wer die Freiheit am Hindukusch verteidigt, sollte erst einmal zu Hause damit anfangen. Die DDR als „Unrechtsstaat“ zu delegitimieren und selbst viel Dreck am Stecken zu haben, belegt der Volksmund mit dem Spruch: „Wer mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, sollte bedenken, dass vier Finger seiner Hand auf ihn selbst zurückweisen.“

Der volle Text von Horst Bethge kann abgefordert werden bei U. Scheer

Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges

In einer gemeinsamen Veranstaltung des DFV Nord e.V. mit der Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V. referierte Dr. Rolf Gössner am 6. Februar im Buddenbrookhaus (Lübeck). Der Referent ist Rechtsanwalt, Publizist und Vizepräsident der Liga für Menschenrechte. In dem Vortrag stellte Dr. Rolf Gössner die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland während des Kalten Krieges heraus. Er ging ausführlich auf die Opfer aus der Zeit ein, die auf Grund ihrer linken politischen Gesinnung oftmals für mehrere Jahre Haftstrafen erhielten. Der Referent betonte, dass diese Opfer bis zum heutigen Tag keine Rehabilitierung oder Entschädigung erhalten haben. Dr. Rolf Gössner ist dankenswerter Weise kurzfristig für den aus Gesundheitsgründen ausgefallenen Referenten Ewald Stiefvater eingesprungen. Ewald Stiefvater (Wedel) selbst hat 2½ Jahre Gefängnis absitzen müssen. Er hätte das Buch „Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik, Eine Nachdenkschrift“ vorgestellt. Auf dieses Buch haben wir bereits mehrfach in unserem Rundbrief hingewiesen.

Angelika Scheer

UNWORT DES JAHRES 2009: „Betriebsratsverseucht“

Das „Unwort“ des Jahres ist gewählt: Die Jury aus Sprachwissenschaftlern rügt den „sprachlichen Tiefpunkt“ eines Arbeitgebers und eine Äußerung von Angela Merkel.

19. Januar 2010 - 11:09 Uhr:

Das „Unwort des Jahres“ 2009 heißt „betriebsratsverseucht“. Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen „stört“ zwar viele Unternehmen, sagte der Sprecher der sprachkritischen Jury, Horst Dieter Schlosser, am Dienstag in Frankfurt. Dies als „Seuche“ zu bezeichnen, sei aber ein zumindest sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen. Der Vorschlag kam von einem Mitarbeiter einer Baumarktkette. Er hatte berichtet, dieses Wort werde von Abteilungsleitern verwendet, wenn ein Beschäftigter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine ohne wechseln will.

Die Jury kritisierte außerdem das Wort „Flüchtlingsbekämpfung“. So hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Abwehr von Flüchtlingen an Europas Grenzen auf einem „Bürgerforum“ der Bertelsmann-Stiftung benannt. Auch der Begriff „intelligente Wirksysteme“ wurde von der Jury gerügt, er wurde von einer Rüstungsfirma für hoch technisierte Munition benutzt.

Für die jährlich stattfindende Aktion „Unwort des Jahres“ sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sprachliche Missgriffe zu nennen, die im jeweiligen Jahr besonders negativ aufgefallen sind. Gesucht werden Wörter und Formulierungen aus der öffentlichen Sprache, die sachlich grob unangemessen sind und möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen.

Quelle: ZEIT ONLINE, dpa

ADRESSE <http://www.zeit.de/kultur/2010-01/unwort-des-jahres-betriebsratsverseucht>

Traditionstreffen in Mala Upa 2010

Am 10. Januar 2010 trafen sich im Anschluss an das antimilitaristische und antifaschistische Gedenken und die Demonstration zum Jahrestag der konterrevolutionären Verbrechen an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Aktive der jährlichen antifaschistischen Riesengebirgstreffen als Bewahrer von Traditionen der Arbeiterbewegung zu einer Beratung.

Eingeladen hatte die Initiativgruppe Riesengebirgstreffen Malá Úpa, Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V..

Einmütig bekannten sich die Teilnehmer der Beratung im Kieztreff UNDINE dazu, mit der Vorbereitung und Teilnahme am Riesengebirgstreffen einen Beitrag zur Entwicklung und Festigung der Aktionseinheit linker gesellschaftlicher Kräfte in Deutschland zu leisten; im Geiste des Proletarischen Internationalismus im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt ein deutliches Signal des Widerstandes gegen Rassismus, Antikommunismus und andere nationalistische, chauvinistische und vor allem faschistische Strömungen und Erscheinungen zu setzen. Der Aufruf zur Teilnahme am Riesengebirgstreffen 2010 wurde einstimmig verabschiedet.

Mit den tschechischen Gastgebern werden die Höhepunkte des internationalen Treffens vorbereitet:

- die traditionelle internationale Kundgebung in Malá Úpa, am Fuße der Schneekoppe. Es liegt eine Vorabzusage des Singeclubs Ernesto Che Guevara zur Mitgestaltung des Programms vor.

weiter Seite 14

Initiative zur Unterstützung der Menschen in Haiti 1. Februar 2010

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Das Erdbeben in Haiti hat uns alle sehr erschüttert. Viele von euch haben angefragt, wie sie helfen können. Bisher erfahren wir von außergewöhnlicher internationaler Spendenbereitschaft und der Hilfe großer Organisationen, denen es hoffentlich gelingt, die augenblickliche Not zu lindern. Wer aber welche Strukturen im Land aufbaut und wem sie zugute kommen, ist noch völlig unklar. Deshalb haben wir uns gedacht, dass es sinnvoll ist, Spenden erst einmal hier in Deutschland auf einem Konto zu sammeln, um sie dann direkt einem Projekt in Haiti zuzuwenden, damit das Geld zielgerichtet und nachhaltig eingesetzt wird. Den Kontakt zu einem entsprechenden Projekt will Yves Dorestal, unser haitianischer Freund und Ehemann von Christine Rose-Dorestal, herstellen, der sich zum Zeitpunkt des Erdbebens glücklicherweise noch im Weihnachtsurlaub bei seiner Familie in Hamburg befand. Er ist entschieden, sobald wie möglich nach Haiti zurückzukehren, um sich am Wiederaufbau der universitären Ausbildung und des geistigen Lebens in Haiti zu beteiligen. Vor Ort wird er sich einen realistischen Überblick über die Lage und die Bedürfnisse seiner Landsleute verschaffen können. Unsere Spenden möchte Yves einem Basisprojekt zukommen lassen. Im Moment denken wir, dass es im Bereich von Erziehung und Existenzsicherung von Frauen und Kindern angesiedelt sein sollte. Vor dem Erdbeben gab es in Haiti schon Basisorganisationen, in denen engagierte Bekannte von Yves arbeiteten, die er ansprechen will. Angesichts des Ausmaßes der Katastrophe werden die Menschen wohl eine langfristige Unterstützung brauchen, um neue Strukturen, in denen sie weiterleben können, aufzubauen. Ein zweiter Schritt wäre es also, wenn Yves solch ein Basisprojekt gefunden und eine Starthilfe gegeben hat, es weiter regelmäßig zu unterstützen. Viele von euch wissen nicht genau, wer Yves Dorestal ist und was er macht: Yves ist in Haiti geboren und aufgewachsen; er hat in Deutschland studiert und 1974 in Frankfurt promoviert. Nach Dozenturen an mehreren lateinamerikanischen Universitäten lehrt er seit 1995 an der staatlichen Universität von Port-au-Prince; bis Mitte 2009 nahm er 10 Jahre lang die Funktion eines Dekans wahr. Wir haben ein Konto bei der ING.DiBa eröffnet. Die ING.DiBa ist eine Direktbank mit günstigen Konditionen: Kontoeröffnung und Kontoführung werden ausschließlich über Internet, Telefon oder Brief abgewickelt und sind gebührenfrei. Die Zinskonditionen sind überdurchschnittlich gut. Zurzeit betragen sie bis Ende Juni 2 %.

**Überweist eure Spenden bitte auf folgendes Konto:
Christine Rose-Dorestal, Stichwort: Haiti-Hilfe
ING.Diba, Bankleitzahl: 500 105 17 Kontonummer:
553 194 8740**

Wenn ihr Geld einzahlt, gebt uns bitte eure Adresse /E-Mail-Adresse an, damit wir euch über die Verwendung der Spenden und den Fortgang der Aktion informieren können.

Es grüßen euch

*Christine Rose-Dorestal, Ingrid-Becker-Ross
Margret Schneider-Hust*

- der traditionelle Aufstieg unter roten Fahnen auf die Schneekoppe,
- das von der deutschen und tschechischen Sektion des RFB e. V. mit der KSCM und dem KCP Trutnov und Kommunistischem Jugendverband der Tschechoslowakei organisierte Freundschaftstreffen,

- das Meeting in Královec (tschechisch-polnischer Grenzort) in Erinnerung an das 6. Proletarische Grenzlandtreffen im Mai 1927 mit 6000 deutschen und tschechischen Kommunisten.

Die Initiativgruppe bittet, die Verbreitung des Aufrufes zur Teilnahme am Treffen 2010 und die Vorbereitungen zu

unterstützen. Finanzielle Unterstützung zur Begleichung der Organisationskosten und zur solidarischen Hilfe für Teilnehmer, die aus finanziellen Gründen durch soziale Ausgrenzung auf die Teilnahme verzichten mussten, ist durch Spenden möglich.

Spenden an: Revolutionärer Freundschaftsbund e. V., Konto Nr. 312 013 0272 bei der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, BLZ 850 503 00, Kennwort: Malá Úpa

*Initiativgruppe Riesengebirgstreffen Malá Úpa
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
(www.okv-ev.de)*

Karl-Heinz Wendt, Gerd Hommel

Der Existentialismus: Zum 30. Todestag Jean Paul Sartres

Der Philosoph und Schriftsteller Jean Paul Sartre wurde am 21. Juni 1905 in Paris geboren und starb am 15. April 1980 in Paris. Er war Vertreter des Existentialismus.

Unter Existenz verstehen wir schlechthin das Dasein. Der Existentialismus ist eine philosophische Richtung, die das Wesen der menschlichen Existenz in den Mittelpunkt stellt und alle Fragen nach dem Sein und Sinn der Welt hierauf bezieht. Es gibt zwei Richtungen, den christlichen Existentialismus (Jaspers, Gabriel Marcel) und den atheistischen (Martin Heidegger – geb. in Meßkirch/Baden-Württemberg –, Sartre und weitere französische Existentialisten). Gemeinsam haben sie, dass die Existenz der Essenz (Wesenheit einer Sache) vorausgeht.

Im 18. Jahrhundert wird in den atheistischen Lehren der Philosophen der Begriff eines Schöpfers Gott abgeschafft, nicht aber, dass die Essenz vor der Existenz steht. Dass die Existenz der Essenz vorausgeht, erläutert Sartre folgendermaßen: Bei Annahme eines Schöpfers Gott, der den Menschen nach Techniken erzeugt, ist dieser einem höheren Handwerker anzugleichen, der ein Papiermesser oder ein Buch nach einer Definition und Technik anzufertigen weiß.

Der atheistische Existentialismus erklärt, dass, wenn Gott

nicht existiert, es mindestens ein Wesen gibt, bei dem die Existenz der Essenz vorausgeht. Ein Wesen, das existiert, bevor es durch einen Begriff definiert werden kann.

Die Christen empfinden jede Haltung des Unglaubens als Verzweiflung. Der Existentialismus ist nicht ein Atheismus in dem Sinne, dass er sich erschöpfen würde in dem Beweis „Gott existiere nicht“. Er erklärt: „Selbst wenn es einen Gott gäbe, würde das nichts ändern.“

Gerd Adolph

Quellenangaben: Taschenbuch „Drei Essays“/Ullstein Verlag, Kompaktlexikon Harenberg, Internet

Hauptwerke Jean Paul Sartres: – Das Sein und das Nichts, – Kritik der dialektischen Vernunft.

Weitere Werke: – Die Fliegen, – Die Wege der Freiheit, – Die schmutzigen Hände, – Geschlossene Gesellschaft, – Der Ekel, – Im Räderwerk, – Die Wörter {Autobiographie}



Johannes Calvin (1509 - 2009)

Neben Luther gab es auch in anderen Ländern Reformatoren, zum Beispiel Zwingli und Calvin in der Schweiz. Auf übelste Weise hat sich Calvin gezeigt. Mit den Differenzen zwischen ihm und Luther muss man sich als

Atheist und Freidenker nicht beschäftigen, das möge Sache der Protestanten sein. Calvin verlangte strengste Pflichterfüllung und Kirchenzucht. Er war ab 1535 Prediger in Genf und wurde 1538 ausgewiesen, kehrte aber 1541 nach Genf zurück und begann mit dem Aufbau eines totalitären Herrschaftssystems. Moral, Kirchenzucht waren das Arbeitsethos, das die Grundlage für das Gewinnstreben im Kapitalismus bildete.

Die Zusammenhänge beschreibt Max Weber (1864-1920), Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe, in seinem Werk: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. Es passt nach Ansicht bestimmter Kreise in die Wirtschaftskrise, was aber auch umstritten ist. Das gehört auch zum „Gedenken an Calvin“, nicht nur sein 500. Geburtstag.

Fest steht, dass er als Reformator sehr gewütet hat. Verstöße gegen Calvins Lehre wurden fast immer mit dem Feuertod geahndet, z. B.: Lästerung des Namen Gottes, Beleidigung der Eltern, Ehebruch usw. Verboten waren Tanz, Spiel, Theateraufführungen, Familien wurden überwacht und konnten unangemeldet Kontrollbesuche bekommen. Anstelle von Wirtshäusern wurden Trinkhallen geduldet.

Es gäbe noch über mehr Schandtaten Calvins zu berichten, doch würden die „auf keine Kuhhaut gehen“.

Unverständlich ist, warum man ausgerechnet seinen 500. Geburtstag feiert und auch noch eine Sonderbriefmarke herausgibt. Da können doch nur reaktionäre Kreise dahinterstecken. In Kiel gibt es eine Calvinstraße.

Gerd Adolph

Quellenangaben: Most/ Protestantische Finsterlinge, Internet

Buchempfehlung: „Die DDR und die Juden“

Eine kritische Untersuchung

Massive Verleumdungen und Diffamierungen der DDR gehören seit Jahren zum Alltagsprogramm der Massenmedien, sind aber auch Inhalt der schulischen Bildung und historischen Forschung. In der jüngsten Vergangenheit und gegenwärtig werden wir mit Aussagen und Darstellungen konfrontiert, die den antisemitischen Charakter der DDR belegen sollen. Als Beweise dafür werden unter anderem genannt, die mangelnde Förderung der jüdischen Gemeinden und des Judentums in der DDR, die kritische bzw. ablehnende Haltung der DDR zur Politik des Staates Israel, die Vernachlässigung bzw. Herabwürdigung der Hauptopfergruppe nazistischer Vernichtungspolitik, die unzureichende Aufklärung über den Antisemitismus und die Forschung darüber sowie die Passivität staatlicher Organe der DDR gegenüber dem Erhalt und die Wahrung jüdischer Kultstätten.

Äußerst akribisch untersucht Prof. Dr. Detlef Joseph die erhobenen Aussagen und Vorwürfe zum Antisemitismus in der DDR, überprüft ihren realen und historischen Sachverhalt – und widerlegt sie. Unter Hinzuziehung von Dokumenten und Fakten weist er Einseitigkeit, Unwahrheit und Verfälschungsabsicht der Behauptungen nach.

Der Autor verschweigt aber auch nicht Gegebenheiten bzw. Vorfälle, die antisemitisch geprägt waren, die jedoch nicht gestatten, von einem antisemitischen Charakter der DDR zu sprechen. Staatlicherseits wurde offener Antisemitismus, wie er vereinzelt in Schändungen von Friedhöfen oder Schmierereien an Gedenksteinen zutage trat, geahndet.

Beigegeben ist dem Untersuchungsbericht von D. Joseph eine umfangreiche Bibliografie aller zwischen 1945 und 1990 in den Verlagen der SBZ/DDR erschienenen Publikationen zum Thema: Juden und jüdische Schicksale. Insbesondere beim Themenkreis „Nationalsozialismus“ wurden auch Titel aufgenommen, die weit über die Judenverfolgung dieses Zeitraumes hinausgehen. Neben Büchern (Sachliteratur, Belletristik) weist die Bibliografie auch Aufsätze, Memoiren, Zeitzeugenberichte oder Beiträge in Periodika sowie Dissertationen und Diplomarbeiten nach.

Diese außerordentliche Übersicht ist eine achtungsvolle Leistung von Renate Kirchner, sie leitete langjährig die Bibliothek der jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße zu Berlin.

E.S.

Detlef Joseph: „Die DDR und die Juden“, Eine kritische Untersuchung – mit einer Bibliografie von Renate Kirchner. 2010 Verlag Das Neue Berlin

Der Literatur-Tipp: Heinz Jürgen Schneider, Tod in der Scheune

Im September 1931 wird an der Westküste Schleswig-Holsteins eine Bauerntochter erhängt in einer Scheune aufgefunden. Walerjan Smucek, ein junger polnischer Erntehelfer vom benachbarten Gut, kauert völlig verstört bei der Leiche und legt ein Geständnis ab. Der „Scheunenmord“ bewegt die ganze Gegend. Viele warten auf einen schnellen, kurzen Prozess und die Todesstrafe – die Sache scheint ja klar. Da die

Familie der Toten aus der schwarzbraunen „Landvolkbewegung“ stammt, erreicht der Fall zudem eine politische Brisanz: Der Bruder, ein SA-Mann, fordert am Grab „Deutsche Sühne“. Doch dann wird der Rechtsanwalt Johannes Blum zum Pflichtverteidiger des Polen bestellt, ein Gegner der im damaligen Deutschland zulässigen Todesstrafe. Im Gefängnis hört er vom Angeklagten eine ganz andere Geschichte, in der es um eine heimliche, hoffnungslose Liebe und um den Plan eines gemeinsamen Selbstmords geht. Blum kann das schwer glauben, aber es gibt Ungereimtheiten. Zu Prozessbeginn gibt es einen großen Presseandrang. Ein Mob auf den Zuschauerbänken und ein SA-Aufmarsch begleiten die Eröffnung. Schwere Tumulte gehen mit der Verhandlung einher und Rechtsanwalt Blum fürchtet um seine Sicherheit und Reputation. Wie wird das Schwurgericht diesen Fall entscheiden?



begleiten die Eröffnung. Schwere Tumulte gehen mit der Verhandlung einher und Rechtsanwalt Blum fürchtet um seine Sicherheit und Reputation. Wie wird das Schwurgericht diesen Fall entscheiden?

224 Seiten, kartoniert, Euro 9,90, ISBN 978-3-8042-1291-6, September 2009, Verlag Boyens

Deutschland unter schwarz-gelber Flagge

Nach den Bundestagswahlen 2009 begegnen uns in der Öffentlichkeit Fragen, Meinungen und Standpunkte zu dem, was zu erwarten ist unter einer Regierung von CDU und FDP. Eine Desillusionierung ist spürbar. Dennoch wundert es, wie soziale Defizite und ihre weitere Zuspitzung fatalistisch hingenommen werden. Sehr treffend hat der 18-jährige Schüler Torben Lehning an der Herderschule Kassel die Situation bzw. den Zeitgeist erfasst unter der Überschrift:

Wir haben die Kraft

Ganz Deutschland strahlt, ganz Deutschland lacht, Schwarz-Gelb ist endlich an der Macht.

Die Manager der großen Banken werden es dem Wähler danken, denn um die Reichen nicht zu kränken, können die sich nun die Steuern schenken,

Ab sofort wird Mais geklont, damit sich auch das Forschen lohnt. In unserm Deutschland gibt's keinen Neid, trotz Hungerlohn und Zeitarbeit.

Und was wir hier nicht sehen wollen, lagern wir in Salzwerkstollen,

Während dort die Fässer rosten, gibt's für Rechte Führungsstellen.

Wer nicht zahlt, wollen wir nicht sehen, in unserm schönen Schulsystem.

Gesund wird nur, wer zahlen kann.

Wir feiern Geburtstag mit Ackermann.

Wir erhöhen die Mehrwertsteuer, machen jetzt das Leben teuer. Und macht noch mal die Wirtschaft schlapp, wracken wir mehr Autos ab.

Die Putzfrau leidet Höllenqualen, kann nicht mehr die Miete zahlen.

Aber den Krieg im Nahen Osten lassen wir uns gern was kosten. Niemand kann mehr Faxen machen, weil wir alles überwachen.

Was wir tun, das ist richtig, Zweifel wird zahlungspflichtig.

Ganz Deutschland strahlt, ganz Deutschland lacht, Schwarz-Gelb ist endlich an der Macht. (verdi PUBLIK 10. Ausgabe)

E.S.



Herausgeber : Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg (Adressenänderung!), Tel/Fax (0 40) 6 31 62 60; Dr. Elli-Marie Simon, Kirschenallee 51, 17235 Neustrelitz, Tel. (0 39 81) 44 32 05, Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 3/2010: 31.7.2010

Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V. Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzel exemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine

DFV-Verbandsvorstand (VV)

09.11. Antiimperialistische Konferenz des DFV (Einzelheiten bitte dem FREIDENKER entnehmen)

10.11. gVV-Sitzung in Magdeburg

DFV-Landesverband Nord e. V.

10.7.; 11.00 Uhr: Vorstandssitzung in Hamburg

24.10.; 9.00 Uhr: Vorstandssitzung in Neustrelitz im Rahmen des Wochenendseminar

23.10./24.10.; Neustrelitz/M-V WOCHENENDSEMINAR (s. Ankündigung Seite 5)

Haus des Gastes, Bootshaus Neustrelitz; Kosten 30,00 Euro plus 6,00 Euro für Frühstück

01.5.: Infostände bei den DGB-Veranstaltungen zum 1. Mai in Hamburg und in anderen Orten

03.5. Teilnahme an der Gedenkveranstaltung anlässlich der Cap-Arcona-Katastrophe vor 65 Jahren in Neustadt-Pelzerhaken (s. Ankündigung)

07.8. Infostand beim „Heideruhfest“, Ahornweg 45, OT Seppensen in Bucholz i.d.N.

21.8. Infostand beim „Wasserturmfest“ in Elmshorn

Redaktionssitzungen:

So; 27.06 in Neustrelitz (für die Ausgabe 3/2010 – Sept.–Okt.–Nov.–Dez.)

So. 23./24.10. in Neustrelitz (für die Ausgabe 1/2011)

Orts- und Kreisverbände

Hamburg

Hamburger Termine werden bekannt gegeben und an Mitglieder und Freunde mit Einladungen versandt. Nachfragen: Für den DFV-Ov. Hamburg Uwe Scheer, Tel. 040/631 62 60

1.5. DGB-Veranstaltung zum 1. Mai vor dem Museum der Arbeit - Infostand des DFV

Kiel

DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19.

Infos: Tel.0431/52 48 07 (Gerd Adolph)

Neustrelitz

22.5.; 10.00 Uhr: NAMENSWEIHE

21.6. Exkursion

Mitglieder und Freunde des KV Neustrelitz bekommen die Einladungen für die monatlichen Zusammenkünfte zugesandt.

Infos: Tel. 03981 20 53 13 (Werner Mahnke, Kreisvorsitzender)

Bremen/Bremerhaven:

Infos z.Z. über Uwe Scheer, Tel 040/631 62 60

Lüneburg /Nordniedersachsen

Infos: Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867; Cornelius Kaal, (Stell. Landesvorsitzender)

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg

Infos und Anmeldungen für 2010:

Tel. 040/724 55 45 (Helmuth Sturmhoebel)

ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de

www.jugendweihe-hamburg.beep.de

Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung; s. o. (s. auch Link auf der Web-Site www.dfv-nord.de)

Andere Organisationen:

8.5. Tag der Befreiung - Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

VVN/BdA, AG Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Veranstaltung vor dem Ehrenmal auf dem Friedhof Ohlsdorf und anderen Stätten

(s. www.vvn-bda.hamburg.de)

ver.di - Landesbezirk Hamburg:

Arbeitskreis Antirassismus:

Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) - Geschichtswerkstatt e.V.

Führung durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm Raabe-Weg 23 Termine der WBG unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer 040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Stand: 30.3.2010



Erste DFV-Sitzung nach dem Verbandstag 2009 in Starkenburg/Mosel August 2009

Besuch der Ausstellung über italienische Partisanen im DGB-Haus Bremen 2008

Infostand des DFV auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar 2009